

Quelle: <http://www.westfaelische-rundschau.de/wr/wr.staedtenews.volltext.php?kennung=on1wrLOKStaLuedenscheid39368&zulieferer=wr&kategorie=LOK&rubrik=Stadt®ion=Luedenscheid&auftritt=WR&dbserver=1>

Überraschung im Rat: Doch Mehrheit für KiBiz-Resolution

Lüdenscheid. (rob) Die von SPD, Grünen und Lüdenscheider Liste (LL) verfasste KiBiz-Resolution hat gestern im Rat überraschend eine Mehrheit gefunden.

Unter dem Applaus von zahlreichen Vertretern des Stadtelternrates gab Bürgermeister Dieter Dzewas das Ergebnis der Abstimmung bekannt: Mit 27 Ja-Stimmen bei 20 Gegenstimmen von CDU und FDP verabschiedete der Rat die Resolution, die - wie berichtet - das von der NRW-Landesregierung auf den Weg gebrachte Kinderbildungsgesetz aus finanziellen und fachlichen Gründen ablehnt.

"Können Sie KiBiz in dieser Form verantworten", richtete sich Ralf Kütting vom Stadtelternrat in der Öffentlichen Fragestunde zu Beginn der Sitzung speziell an CDU, FDP und Alternative für Lüdenscheid (AfL).

Während Union und Liberale bei ihrer ablehnenden Haltung blieben, vollzog AfL-Fraktionschef Peter Oettinghaus eine 180-Grad-Wende und erklärte, dass seine Fraktion zustimmen werde. Er hätte es gut gefunden, wenn der Stadtelternrat die Resolution eingebracht hätte, nicht die Parteien, sagte Oettinghaus.

Für ein "klares Signal aus Lüdenscheid" hatte sich Verena Kasperek, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, angesichts von 185 000 Unterschriften und 15 000 Demonstranten gegen das Gesetz ausgesprochen, das Mehrkosten für die Stadt Lüdenscheid bedeute. Für die Grünen erinnerte Hermann Morisse daran, dass sich die Landesregierung in Sachen KiBiz erst auf Druck der Öffentlichkeit bewegt habe.

Dass wesentliche Änderungen an dem Gesetzentwurf noch vorgenommen würden, betonte für die CDU Ursula Meyer. Dagegen konstatierte Angelika Linnepe (LL) Verunsicherung bei Trägern, Eltern und Kommunen.

15.10.2007